

## Initiativen der Bundesregierung zum Klimawandel

**Vortrag am 19. 02. 2020 von DI Dr. Bettina Bergauer:** stellvertretende Leiterin der Abteilung Nachhaltige Finanzen und Standortpolitik der Sektion Klima- und Umweltschutz im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). Die studierte Elektrotechnikerin war zuvor an der TU Wien, dann im Wirtschafts- und Umweltministerium beschäftigt und fungiert als auch Gemeinderätin der Grünen in Deutsch-Wagram.

### **Zusammenfassung:**

*Die österreichische Bundesregierung hat sich ambitionierte Ziele in der Klimapolitik gesteckt, bis 2040 soll Klimaneutralität erreicht sein. Dies braucht sowohl rechtliche Maßnahmen als auch finanzielle Anreize für Einzelne, für Unternehmen und für Investoren („green finance“) und staatliche Investitionen in Infrastruktur und F&E-Maßnahmen. Großes Potenzial liegt in den Sektoren Energie, Mobilität und Finanzwirtschaft sowie in der Abstimmung unterschiedlichster Akteure. Ein umfassender Wandel ist erforderlich, denn endliche Ressourcen erlauben kein unendliches Wirtschaftswachstum.*

### **Mehr zum Thema:**

Klimaneutralität 2050 zu erreichen, ist die Vision der EU – anspruchsvoll, aber sowohl in technologischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht machbar. Die österreichische Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm 2020-2024 zu einer wissenschaftsbasierten Klimapolitik bekannt. Ein Paris-kompatibles CO<sub>2</sub>-Budget (max. 2°C Erwärmung) mit entsprechenden Reduktionspfaden soll zur Klimaneutralität 2040 führen. Vorreiter zu sein und die Wirtschaft schneller umzustellen, sollte später einen Vorteil bieten.

Treibhausgasemissionen stammen zu 80% aus dem Sektor Energie (Wärme, Strom, Verkehr), 8% aus industriellen Prozessen, 9% aus Landwirtschaft, 3% aus der Abfallwirtschaft (EU-weit, 2017). Im Regierungsprogramm sind zahlreiche Maßnahmen angeführt, um Emissionen zu senken, etwa Nullemissionsgebäude als Standard, intensive Wärmesaniierungen, Ausstieg aus Öl, fossilem Gas und Kohle für Raumwärme und Warmwasser. Im Bereich Strom soll die Versorgung bis 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen abgedeckt werden, am meisten Potenzial liegt hier bei Photovoltaik und Wind und bei der Einrichtung von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften und dezentraler Versorgung. Erforderlich für das Erreichen der Ziele sind sowohl finanzielle Anreize (Investitionsförderungen und Marktprämien) als auch Änderungen der rechtlichen Bedingungen (teilweise auch in Abstimmung mit den Bundesländern).

In der Mobilität gilt das Motto „vermeiden-verlagern-verbessern“ und vernetzt denken. Wenn es zum Beispiel gilt, den Radverkehrsanteil fast zu verdoppeln (von 7 auf 13%), so muss dies bei der Raumplanung und in allen Infrastrukturinvestitionen mitgedacht werden. Geplant sind neben neuen Angeboten (1-2-3-Ticket, Nachtzüge, stündliche Öffi-Anbindung für ländlichen Raum) auch große Investitionen (Schienenausbau, Elektrifizierung von Busflotten). Erforderlich sind auch Forschung und Entwicklung zu E-Mobilität und synthetischen Kraftstoffen.

Unterstützend sind horizontale Maßnahmen geplant: Die Green Finance Agenda soll Banken, Versicherungen und private Investoren zu nachhaltigen Investitionen motivieren, die Finanzströme sollen von fossilen auf erneuerbare Energie- und Verkehrsträger umgelenkt werden. Auf EU-Ebene entsteht derzeit eine Taxonomie, was unter „green finance“ zu verstehen ist. Geplant sind BürgerInnenanleihen, Green Bonds und Kest-Befreiung für ökologische/ethische Investitionen. Es gilt dafür, Gesetze auf Barrieren zu überprüfen und Selbstverpflichtungen von großen Unternehmen zu sichern („Green Finance Alliance“). Zugleich hat die öffentliche Hand große Vorbildwirkung. So sollen in der Beschaffung neben dem Bestbieterprinzip auch verbindliche ökologische Kriterien berücksichtigt werden, öffentliche Veranstaltungen sollen Green Events sein und Klimaschutzvorgaben für Dienstreisen eingehalten werden.

Für den Umbau auf eine CO<sub>2</sub>-neutrale Kreislaufwirtschaft müssen die Vorteile der Digitalisierung gezielt genutzt werden, die Sektoren müssen stärker zusammenwirken, zum Beispiel, um akut verfügbaren Windstrom für Wärme oder Mobilität zu nutzen. Es braucht eine Energieforschungsinitiative, um die verfügbare Energie von Tag und Sommer auch für Nacht und Winter besser nutzbar zu machen. Der Klimadialog soll relevante Initiativen und Stakeholder einbeziehen, eine übergeordnete Strategie entwickeln und ein positives Bild der klimaneutralen Zukunft entwerfen.

Auch bewährte Klimainitiativen sollen weitergeführt werden. Seit 2004 unterstützt die Initiative klimaaktiv die Markteinführung und Verbreitung klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen. Die umfassenden Programme umfassen Beratung, Förderung und Information ebenso wie Qualitätsstandards sowie Ausbildung und beziehen ein großes Partnernetzwerk mit ein. 17.000 unterstützte Projekte reichen von klimaaktiv Gebäuden über Mobilprojekte bis zu Biomasse-Heizwerken, 12 Großbetriebe haben sich im klimaaktiv pakt2020 zu Klimazielen verpflichtet, 18.000 Einzelpersonen haben an Schulungen teilgenommen.

Mittlerweile gibt es 240 energieeffiziente Gemeinden, die unterstützt von regionalen e5-BeraterInnen an Maßnahmenkatalogen arbeiten, um eine möglichst hohe Auszeichnung des European Energy Award zu bekommen. Der Klima- und Energiefonds stellt mit seinen Publikationsreihen „Faktenchecks“ und „In Essenz“ hochwertige Informationen zusammen, um Vorurteile zu entkräften und Studienergebnisse aufzubereiten. Er begleitet auch Regionen dabei, ihre Potenziale in Richtung „Klima- und Energie Modellregionen“ (KEM) zu entfalten – mittlerweile sind es 96 Modellregionen mit 841 Gemeinden, in denen 2,3 Mio Menschen leben. Mit „Greenstart“ werden CO<sub>2</sub>-sparende start-up Business Ideen unterstützt.

Endliche Ressourcen erlauben kein unendliches Wirtschaftswachstum. Doch was bedeutet das für unser Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaft, welche Strukturen und Institutionen brauchen wir für den Wandel? Woran soll Lebensqualität gemessen werden? Mit diesen Fragen setzen sich Ministerien, Landesregierungen, Interessensvertretungen, Unternehmen, Universitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ auseinander, denn es braucht Transformation in unterschiedlichsten Bereichen, damit ein gutes Leben für alle möglich wird.

#### **Aus der Diskussion:**

- *Es ist wichtig, beim Wandel auch Verteilungsfragen und Soziales im Auge zu behalten – weniger Wirtschaftswachstum bedeutet auch weniger Arbeitsplätze, einige Branchen werden verlieren – die muss durch eine faire Transition abgedeckt werden. In Frankreich hat die höhere Besteuerung fossiler Kraftstoffe zu sozialen Problemen geführt (Gelbwestenbewegung).*
- *Was wäre grüne Beschäftigungspolitik?*

- *Nicht alle Veränderungen führen letztlich zu Einsparungen – z.B. werden beim Umstieg auf LEDs oft deutlich hellere Lampen eingesetzt und daher weniger eingespart als möglich wäre.*
- *Viel Potenzial steckt im Baubereich und der Architektur. Nullenergiehäuser sind technisch möglich und gar nicht so teuer, könnten also Standard in der Bauordnung sein. Mit Photovoltaikfassaden oder „paint our city white“ gibt es spannende Ansätze, auch in Wien gibt es Positivbeispiele wie die Membranüberdachung am Urban Loritz Platz (selbstreinigend, kühlend, lichtschonend, ästhetisch; von der Architektin Silja Tillner).*

Protokoll: Barbara Streicher